

> Online - Seminar: Beihilfenrecht 2024



DR. ENGIN CIFTCI

Ihr Dozent bei diesem Seminar

Details

Seminar	Online - Seminar: Beihilfenrecht 2024
ID	0002049
Termin	05.04.2024 - von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr
Anmeldeschluss	05.04.2024 - 10:00 Uhr
Ort	Online-Seminare für Deutschland

Kurzbeschreibung

Kommunen gewähren laufend Mittel an ihre eigenen Unternehmen (Betriebe und Beteiligungsgesellschaften) und an privatwirtschaftliche Unternehmen, um Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Hierbei haben sie das EU-Beihilfenrecht zu beachten, das für alle öffentlichen Stellen in der EU unmittelbar gilt. Beihilfen in diesem Sinne sind jegliche Art von Zuwendungen und Vorteile, wie Zuschüsse und Kapitaleinlagen, aber auch vergünstigte Grundstücksüberlassungen oder Personalgestellungen. Treffen die Kommunen keine EU-beihilfenrechtlichen Vorkehrungen, können Beihilfen unzulässig sein und einem Rückforderungsrisiko unterliegen. Deshalb ist eine Prüfung der Mittelgewährungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht für kommunale Entscheidungsträger unverzichtbar.

In unserem Online-Seminar führen wir Sie in das EU-Beihilfenrecht ein, zeigen EU-beihilfenrechtliche Sachverhalte und Fallkonstellationen im kommunalen Kontext und konkrete Gestaltungs- und Legitimationsmöglichkeiten auf. Wir geben Ihnen praxisnahe Tipps unter Berücksichtigung der aktuellen Entscheidungspraxis auf europäischer

Ebene. Damit ist die Veranstaltung sowohl für noch weniger mit dem EU-Beihilfenrecht vertraute Personen als auch für Praktiker mit EU-beihilfenrechtlicher Vorerfahrung geeignet.
Die Änderungen für 2024 werden tagesaktuell vorgestellt.

Seminarinhalt

1. Grundlagen und Relevanz des EU-Beihilfenrechts, einschließlich Rechtsfolgen bei Verstößen
2. Anwendungsfelder auf kommunaler Ebene: u.a. sozialer Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Breitband, Fernwärme/kommunaler Klimaschutz, Freizeit und Kultur, Gesundheit und Pflege
3. Kommunale Perspektiven des EU-Beihilfenrechts: Mittelerhalt und Mittelgewährung
4. Beihilfetatbestand, u.a. mit Berücksichtigung folgender Themen
Kommunaler Konzern und kommunale Unternehmen: Berücksichtigung klassischer Organisationsformen (Eigen- und Regiebetriebe, AöR, GmbH) und Gewährungsformen (Kapitaleinlagen, Zuschüsse, Ergebnisabführung, Darlehen, Bürgschaften, Grundstücksüberlassungen, Cash-Pooling etc.),
Private-Investor-Test (PIT); Public-Private-Partnership (PPP)/Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)
Staatlichkeit der Mittelgewährungen bei Gewährungen durch private Gesellschaften
Darstellung von Fällen fehlender Binnenmarktrelevanz/rein lokaler Bedeutung
5. Marktüblichkeitsgestaltungen
6. Rechtfertigungen, u.a.:
Daseinsvorsorge/Freistellungsbeschluss EU-Kommission: Darstellung von Anwendungsfeldern, Marktversagen, Gestaltung und Rechtsformen Betrauungsakt, Umsetzung der Betrauung (Trennungsrechnung und Überkompensationskontrolle), Monitoring
Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung: Kommunal relevante Tatbestände, Förderintensitäten, Dokumentation
De-minimis-Verordnungen: u.a. Kumulierung und Monitoring
7. Kriseninstrumente

Preis

395,00 Euro (*USt. befreit*) [Bedienstete der öffentlichen Verwaltung](#)

590,00 Euro (*USt. befreit*) [Andere](#)

250,00 Euro (*USt. befreit*) [Auszubildende](#)